

Votum für eine pragmatische Linkspolitik

SP-Basis sagt Ja zur 10. AHV-Revision

Mit Zweidrittelmehrheit haben sich die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) in einer Urabstimmung zugunsten der 10. AHV-Revision ausgesprochen. Mit der Ja-Parole für den Urnengang vom 25. Juni will die SPS erst einmal Betreuungsgutschriften und Splitting ins Trockene bringen. In einem zweiten Schritt soll dann die Erhöhung des Frauenrentenalters mittels einer Initiative wieder rückgängig gemacht werden.

rom. Bern, 8. April

Als Parteipräsident Peter Bodenmann am Samstag nachmittag im Bundeshaus das Ergebnis der ersten Urabstimmung der SP-Basis seit 1921 bekanntgab und kommentierte, musste man schon zweimal hinhören und hinsehen. Denn nichts liess bei diesem Auftritt darauf schliessen, dass der SP-Vorsitzende nach der seinerzeitigen Schlappe im Parteivorstand nun auch von der Basis zurückgepfiffen wurde und dass sein vor schnelles Ja zum Referendum gegen die 10. AHV-Revision nur gerade bei einem Drittel der stimmenden SP-Mitglieder oder einem Zehntel der Partei Unterstützung fand. Zu Beginn der Ausführungen konnte fast der Eindruck entstehen, die Basisbefragung habe in erster Linie der Bereini gung der Mitgliederkarteien und gleichsam nebenbei noch der Parolenfassung zur 10. AHV-Revision gedient. Vorab freute sich Bodenmann nämlich darüber, dass die SPS nun 2500 zahlende Mitglieder dazugewonnen habe.

Deutliches Resultat

Nach dieser mündlichen Mitteilung liessen die schwarz auf weiss vorliegenden Zahlen zum Basis-Votum zur 10. AHV-Revision dann aber auch für den SP-Präsidenten keine andere Interpretation zu als diese: «Das Resultat könnte deutlicher nicht sein.» Von den 39 282 SP-Mitgliedern beteiligten sich 32,7 Prozent an der Urabstimmung. 8425 oder 65,9 Prozent sprachen sich für die Ja-Parole zur 10. AHV-Revision aus, 4350 oder 34,1 Prozent für die Nein-Parole. Nur in vier Kantonen überwogen die Nein-Stimmen: im Jura (60,2 Prozent), in Schaffhausen (56,8), im Tessin (54,4) und in Basel-Stadt (51,5). Am deutlichsten fiel das Votum für das Ja in den Kantonen Aargau (76,6 Prozent), Luzern (72,0) und Bern (71,1) aus.

Einig im Ziel, Unterschiede in der Taktik

Im kommenden Abstimmungskampf wird sich die SPS im Gegensatz zu ihrem traditionellen sozialpolitischen Bündnispartner, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), somit für ein Ja zur 10. AHV-Revision einsetzen. In Abgrenzung zu den bürgerlichen Befürwortern soll jedoch der «provisorische» Charakter dieses Votums hervorgehoben werden. Denn bereits am Abend des Abstimmungssonntags wollen SPS und SGB wieder gemeinsam auftreten und verlangen, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre rasch wieder rückgängig gemacht wird. Zu diesem Zweck soll die sogenannte Auffanginitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» noch vor dem Urnengang eingereicht und möglichst bald zur Abstimmung gebracht werden.

Mit diesem nur taktisch vom SGB differierenden Vorgehen sieht sich Bodenmann bereits wieder im Mehrheitslager: Damit vertrete die SPS die Mehrheit der Bevölkerung, die gemäss Umfragen Splitting und Betreuungsgutschriften befürworte, die Erhöhung des Rentenalters jedoch ablehne. Über den richtigen Weg zu diesem unbestrittenen Ziel könne man in guten Treuen geteilter Meinung sein. Für Bodenmann haben die befürwortenden Stellungnahmen von Bundesrätin Ruth Dreifuss und alt-Bundesrat Hanspeter Tschudi wesentlich zum eindeutigen Votum der SP-Mitglieder beigetragen, während der Berner SP-Nationalrat Rudolf Strahm auch «ohne bekannte Köpfe» ein solches Resultat erwartet hatte. Er interpretierte den Ausgang der Urabstimmung als Votum für eine pragmatische Linkspolitik: das Positive unter Dach bringen und dann das Negative korrigieren. Strahm kritisierte als einziger die «Fehler im Management», die auf beiden Seiten passiert seien, und meinte, die Spannungen zwischen SPS und Gewerkschaften hätten sich vermeiden lassen.

Differenzen bleiben sichtbar

Die unterschiedlichen Auffassungen werden noch für eine Weile sichtbar bleiben. SP-Parteipräsident Bodenmann gesteht nämlich Personen in Doppelfunktion, konkret etwa SP-Nationalrätin Christiane Brunner als Ko-Präsidentin des SGB, ausdrücklich zu, weiterhin die Nein-Parole zur 10. AHV-Revision zu vertreten. Insgesamt werde die SPS jedoch im Einklang mit Bundesrätin Dreifuss klar für ein Ja eintreten und damit den demokratischen Entscheid der Basis mittragen. Die in der Urabstimmung unterlegene Schaffhauser Nationalrätin Ursula Hafner liess allerdings keinen Zweifel, dass sie kaum für ein Ja zur 10. AHV-Revision auf die Barrikaden steigen werde. Vielmehr will sie sich für die gleichentags zur Abstimmung gelangende Volksinitiative von SP und SGB «zum Ausbau der AHV und IV» einsetzen. Dieses Volksbegehren enthalte «alles Gute» der Gesetzesrevision und regle mit der Ruhestandsrente 62 auch die Frage des Rentenalters zukunftsweisend. An den Erfolg dieses Volksbegehrens glauben aber offenbar nicht einmal die Initianten. An einer SP-Tagung zur Sozialpolitik setzte man sich kürzlich zum Ziel, wenigstens einen annähernd der SP-Mitgliedschaft entsprechenden Ja-Stimmen-Anteil zu erreichen.



Die Verfechter unterschiedlichen Vorgehens in der 10. AHV-Revision: Nationalrätin Francine Jeanprêtre vertritt ein Ja und Parteipräsident Peter Bodenmann ein Nein zu der Vorlage. (Bild ap)

Abstimmungskampf wider Willen?

Nach dem Parteivorstand hat nun auch die Basis der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei (SPS) ihrem Präsidenten *Peter Bodenmann* eine deutliche Abfuhr erteilt. Mit einer Zweidrittelmehrheit sagt sie Ja zur 10. AHV-Revision. Sie entschied sich damit dafür, die Einführung von Splitting, Erziehungs- und Betreuungsbonus sowie der neuen Rentenformel zu sichern und im Gegenzug (zumindest vorerst einmal) das erhöhte Rentenalter für die Frauen in Kauf zu nehmen. Bodenmann hat trotz frühen mahnenden Hinweisen aus den kantonalen Sektionen nicht nur an seinem Parteivorstand, sondern auch an der eigenen Basis vorbeipolitisiert. Diese verweigerte ihm die Gefolgschaft; sie will nicht mit einer Fundamentalopposition die in der AHV hart erkämpften Errungenschaften für die Frauen gefährden. Die Befragung der Basis hat dem Parteipräsidenten für seine Position nichts gebracht.

Die Linke, insbesondere die traditionellen sozialpolitischen Bündnispartner Gewerkschaft und Partei, ist *gespalten*. Da hilft es wenig, wenn der SPS-Präsident darauf pocht, es gehe in der Differenz lediglich um eine taktische Frage, bereits am Abend des 25. Juni sei man wieder vereint im Kampf gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters. Zuerst steht nun einmal der Abstimmungskampf zur 10. AHV-Revision bevor. Und hier hat die SP-Spitze den Auftrag von ihrer Basis erhalten, eine Position zu vertreten, die von derjenigen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes abweicht. Letzterer hat be-

kanntlich das Referendum gegen die 10. AHV-Revision ergriffen. Abgesehen davon rechtfertigte Bodenmann vor der Urabstimmung die Befragung der Basis damit, es gehe dabei um mehr als eine bloss taktische Frage.

Die Spaltung in der AHV-Frage zieht sich aber auch *mitten durch die SP-Spitze* hindurch. Neben dem Präsidenten haben sich ebenso andere namhafte Persönlichkeiten für eine Verwerfung der Vorlage stark gemacht, wie etwa die Schaffhauser Nationalrätin Ursula Hafner, ihr Berner Kollege Peter Vollmer oder Generalsekretär André Daguët. Ferner gilt wohl die vehemente Verfechterin eines Neins zur AHV-Vorlage und SGB-Co-Präsidentin *Christiane Brunner* ebensosehr als Exponentin und Aushängeschild der Partei. Auf der befürwortenden Seite stehen die Waadtländer Nationalrätin Francine Jeanprêtre, der Berner Nationalrat Alexander Tschäppät sowie die Fraktionspräsidentin Ursula Mauch (Aargau), der Berner Nationalrat Rudolf Strahm oder der Basler Ständerat Gian-Reto Plattner. Was besonders schwer wiegt: Die Linke ist in einem Politikbereich zerstritten, der für ihre *Glaubwürdigkeit* steht.

Nachdem sich Parteipräsident Peter Bodenmann mit dem ganzen Gewicht seines Amtes von Beginn weg gegen die Vorlage eingesetzt hat, darf man ausserdem gespannt sein, wie die SPS nun ihren *Abstimmungskampf* für die 10. AHV-Revision führen und damit dem Auftrag der Basis nachkommen wird.